

Infobrief Frieden Juli 2015 Nr. 2

Inhalt:

- EKD-Friedensbeauftragter: Höherer Militäretat ist falsches Signal
- Dortmunder Pfarrer: Bürger für Auseinandersetzung mit Neonazis stärken - Kirche bietet Zivilcourage-Kurse an
- Die Taliban bekommen Konkurrenz - Auch in Afghanistan gewinnt die Terrormiliz »Islamischer Staat« an Boden
- Festival - Menschenrechtsfest in Köln
- »Medica Mondiale«: Bosnische Frauen leiden unter Folgen von Vergewaltigungen
- USA - Aufruf zum Boykott von Firmen in Israel
- Immer mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte
- »Zurück können wir nicht« Auch ein Jahr nach ihrer Flucht vor der IS-Terrormiliz sind viele Jesiden auf Nothilfe angewiesen
- Unicef: Jedes zehnte Kind wächst im Krieg auf

EKD-Friedensbeauftragter: Höherer Militäretat ist falsches Signal

Bonn (epd). Der evangelische Friedensbeauftragte Renke Brahms kritisiert die geplante Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushaltes. Dass die Militärausgaben im kommenden Jahr um rund 1,4 Milliarden Euro auf 34,4 Milliarden Euro ansteigen sollen, sei »in der jetzigen Situation das falsche Signal«, erklärte Brahms am Sonntagabend in Bonn. »Es gibt andere Möglichkeiten, auf Konflikte und Krisen zu reagieren als mit mehr Waffen.« Die Entscheidung des Nato-Gipfels im vergangenen Jahr, die Verteidigungsausgaben der Mitgliedsstaaten auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, könne von anderen Ländern als Aufforderung verstanden werden, ebenfalls ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen. »Das könnte eine neue Rüstungsspirale in Gang setzen, die niemand wollen kann«, mahnte der Friedensbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Aufrüstung sei »kein Weg zu einem dauerhaften Frieden«, unterstrich Brahms, der auch Leitender Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Er sprach sich dafür aus, intensiver auf Dialog und Verhandlungen zu setzen. »Lassen wir uns nicht wieder in die Denkweisen des Kalten Krieges zurückfallen«, sagte er mit Blick auf die jüngsten Spannungen zwischen dem Westen und Russland.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST **Nr. 29_2015 Seite _5**

Dortmunder Pfarrer: Bürger für Auseinandersetzung mit Neonazis stärken - Kirche bietet Zivilcourage-Kurse an

Dortmund (epd). Im Kampf gegen Rechtsextremismus muss nach Ansicht des Dortmunder Pfarrers Friedrich Stiller die Zivilcourage von Bürgern in der Auseinandersetzung mit Neonazis gestärkt werden. »Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir die Nazis nicht so schnell loswerden in Dortmund«, sagte der Sprecher des Dortmunder Arbeitskreises gegen

Rechtsextremismus dem Evangelischen Pressedienst (epd). Allein mit Mitteln der Polizei und Justiz könne man das Problem dauerhaft nicht lösen. Deswegen müsse sich die Zivilgesellschaft Rechtsextremisten entgegenstellen und deren Handlungsmöglichkeiten einschränken. In Dortmund bietet der evangelische Kirchenkreis seit kurzem Zivilcourage-Trainings an. Die Teilnehmer üben darin nach Stillers Worten Reaktionen auf Begegnungen mit Neonazis etwa bei Demonstrationen, Flugblattaktionen oder als Nachbarn im Stadtteil ein. »Es gibt keine festen Lösungen«, betonte der Pfarrer. Die Kurse sollten aber helfen, Ängste abzubauen und sicherer aufzutreten. Mit dem harten Kern der Neonazis in Dortmund sei allerdings wegen ihrer Gewaltbereitschaft kein politisches Gespräch möglich, sagte Stiller. Nach seiner Einschätzung gehören dazu 50 bis 80 Aktivisten. Sie zählten zur Gruppe der Autonomen Nationalisten und zeichneten sich durch ein modernisiertes Erscheinungsbild und hohe Gewaltbereitschaft aus. Angesichts der gehäuften Einschüchterungsversuche von Dortmunder Rechtsextremen etwa gegenüber Flüchtlingen und Journalisten in den vergangenen Monaten sprach sich Stiller erneut für ein Verbot der Partei »Die Rechte« aus. Dies forderte auch die evangelische Kirche in Dortmund auf ihrer jüngsten Synode. In der Partei, die einen Sitz im Stadtrat hat, sind viele Mitglieder der 2012 verbotenen Kameradschaft »Nationaler Widerstand Dortmund« aktiv. »Der Staat muss die Strukturen, die aufgebaut wurden, wieder stören«, forderte Stiller. Dringend nötig seien daneben mehr Angebote für Aussteiger aus der Szene. »Da muss wie beim Streetwork ein aufsuchender Ansatz verfolgt werden«, sagte der Theologe. Zugleich betonte Stiller, dass es in Dortmund viele Menschen gebe, die sich gegen Rechtsextremismus engagierten. So hätten bei den Neonazi-Aufmärschen vor Flüchtlingsheimen in den vergangenen Wochen meist etwa 25 Rechtsextremisten mindestens 100 Gegendemonstranten gegenübergestanden. *epd-Gespräch: Jasmin Maxwell*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 29_2015 Seite _7

Festival Menschenrechtsfest in Köln

Köln (epd). Das Allerweltshaus Köln lädt am 18. Juli zum dritten Mal zum Menschenrechtsfestival ein. Die Veranstaltung beginnt um 14 Uhr auf dem Grüngürtel Ehrenfeld, wie die Veranstalter ankündigten. Auf dem Programm stehen unter anderem Auftritte mehrerer Musikgruppen, Kurzfilme, die durchgängig laufen, Workshops und eine Fotoausstellung unter dem Titel »Dear World«. Zudem präsentieren sich an Informationsständen zahlreiche Initiativen, Vereine und Organisationen. Für Kinder gibt es den Angaben zufolge unter anderem Bastelaktionen und Spiele sowie Vorstellungen von »Rositas Puppenbühne«. Der Eintritt ist frei.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 29_2015 Seite _18

Die Taliban bekommen Konkurrenz Auch in Afghanistan gewinnt die Terrormiliz »Islamischer Staat« an Boden

Dubai (epd). »Willkommen im Islamischen Staat«, steht als schwarz-weißes Graffiti an einer Wand in Doband in der Provinz Logar, etwa eine Stunde Autofahrt von der afghanischen Hauptstadt Kabul entfernt. Die Region wird seit Jahren von den radikal-islamischen Taliban beherrscht, doch nun macht ihnen eine noch radikalere Gruppe Konkurrenz, die sich in Afghanistan »Daesh« nennt. Ende Februar machte die Gruppe erstmals in Logar von sich

reden, als sie einen alten, muslimischen Schrein in Brand steckte und die örtlichen Taliban-Kämpfer aufforderten, einen Treue-Eid auf Abu Baker Al-Baghdadi zu leisten, den Anführer der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) im Irak. »Sie brachen auch in die Häuser der Leute ein, zerstörten die Fernseher und sagten ihnen, sie sollten nicht mehr fernsehen«, berichtete der Distrikt-Gouverneur Khalilullah Kamal. »Daesh« hat nicht nur in Logar, sondern auch in anderen Provinzen Afghanistans - besonders in Nangahar und Helmand - viele Taliban-Kämpfer abgeworben. Die Terrorgruppe ist inzwischen so stark, dass die Amerikaner bewaffnete Drohnen gegen sie einsetzen. Vor einigen Tagen bekannte sich sogar Alt-Mudschaheddin Gulbudin Hekmatyar zu »Daesh«. Hekmatyar gilt als einer der brutalsten Warlords Afghanistans. Er hatte in den 80er Jahren mit Unterstützung der USA und Pakistans gegen die sowjetischen Truppen am Hindukusch gekämpft und ist dafür bekannt, seine Allianzen häufig zu wechseln. Während der IS in Afghanistan an Boden gewinnt, erstarken aber auch die Taliban. Im Norden des Landes scheint es nur noch eine Frage der Zeit, dass die Stadt Kundus unter ihre Herrschaft fällt. Die Taliban profitieren im Moment von der Schwäche der afghanische Armee, die nach dem Abzug der US-geführten Nato-Kampftruppen Ende 2014 ganz auf sich gestellt ist und keine Luftunterstützung mehr anfordern kann. Um so intensiver wird nun am Boden gekämpft: mit hohen Kosten für die Armee. Pro Woche sterben über 300 afghanische Soldaten beim Kampfeinsatz: Die Verluste liegen um 70 Prozent höher als im Vorjahr. Es trifft aber auch die Bevölkerung. Nach Angaben der UN-Mission in Afghanistan starben in den ersten drei Monaten 2015 bereits über 650 Zivilisten am Hindukusch bei Kampfhandlungen zwischen Taliban und Armee. Die vom Westen gestützte Regierung Afghanistans ist schwach und hat dem Vormarsch der Taliban kaum etwas entgegenzusetzen. Präsident Aschraf Ghani, der im September 2014 das Amt übernahm, hatte versprochen, Frieden und Aussöhnung mit den Taliban zu schaffen, Afghanistans Wirtschaft zu beleben und die ausufernde Korruption zu bekämpfen. Doch von Erfolgen kann keine Rede sein, im Gegenteil: Obwohl in Afghanistan seit 14 Jahren Krieg gegen die Taliban geführt wird, hat das Land seit neun Monaten keinen Verteidigungsminister mehr. Die Regierung ist in sich zerstritten und kann sich nicht auf die Besetzung des wichtigen Postens einigen. Auch Ghanis Hoffnung, der Nachbar Pakistan werde bei Friedensgesprächen mit den Taliban helfen, hat sich nicht erfüllt. Zwar traf sich in dieser Woche unter der Obhut Pakistans eine Delegation der Taliban mit der afghanischen Regierung, doch es ist unklar, welche Fraktion der Taliban am Verhandlungstisch sitzen wird und wie weit deren Einfluss reicht. Das Auftreten des IS in Afghanistan hat auch hier die Lage verändert. Mit zwei einflussreichen islamistischen Gruppen in Afghanistan sehen sich die Taliban unter Druck: Sie wollen beweisen, dass sie weiter die entscheidende radikal-islamische Macht im Land sind. So griffen sie im Juni das Parlament in Kabul an und sprengten ausländische Militärkonvois. Mit spektakulären Anschlägen wollen sie ihre Überlegenheit gegenüber »Daesh« beweisen. *Von Agnes Tandler (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 29_2015 Seite _51

»Medica Mondiale«: Bosnische Frauen leiden unter Folgen von Vergewaltigungen

Köln (epd). Auch 20 Jahre nach dem Krieg in Bosnien leiden nach den Worten der Frauenrechtlerin Monika Hauser bosnische Frauen noch unter den Folgen von systematischen Vergewaltigungen. Die langfristigen seelischen und körperlichen Folgen würden durch das bosnische Gesundheitssystem nicht aufgefangen, kritisierte die Gründerin

der Frauenrechtsorganisation »Medica Mondiale« am Samstag im WDR-Radio. »Das Personal ist nicht richtig ausgebildet und die Frauen werden oft erneut verletzt.« Schätzungen zufolge wurden während des Bosnienkriegs von 1992 bis 1995 zwischen 20.000 und 50.000 Frauen und Mädchen Opfer von Kriegsvergewaltigungen. Bei einer im Mai veröffentlichten Umfrage von »Medica Mondiale« unter 51 betroffenen Frauen gaben 93 Prozent an, noch gynäkologische Probleme zu haben. Drei Viertel von ihnen litten unter Schlafstörungen, 57 Prozent unter Posttraumatischen Belastungsstörungen. Im Umgang mit den betroffenen Frauen sei empathisches medizinisches Personal nötig, das traumasensibel ausgebildet sei, sagte Hauser, die selbst Gynäkologin ist. »Das ist etwas, das wir heute verstärkt mit dem staatlichen bosnischen Gesundheitspersonal machen.« Zudem brauche es eine Gesellschaft, die die Frauen aufnehme. Sie würden aber oft stigmatisiert und ausgegrenzt, beklagte Hauser. Tragisch sei, dass sich selbst ihre Kinder oft von ihnen abwandten, wenn sie von den Vergewaltigungen erführen. Nötig sei auch eine konsequente Strafverfolgung der Täter. »Es ist ein großes Problem, dass wir eine fast vollständige Straflosigkeit haben«, sagte die »Medica Mondiale«-Gründerin. »Das verstärkt und verlängert natürlich die Traumata der Frauen.« Die Einführung eines Status als »zivile Kriegsopfer« für vergewaltigte Frauen in Bosnien sei zwar ein wichtiger Fortschritt gewesen, sagte Hauser. Die Opfer hätten dadurch das Recht auf eine Pension von 250 Euro sowie medizinische und psychologische Hilfe. Aber der bosnische Staat setze die Regelung nicht konsequent um. »Die Frauen werden sehr oft weiter gedemütigt, wenn sie diesen Status beantragen«, beklagte Hauser.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 29_2015 Seite _52

USA Aufruf zum Boykott von Firmen in Israel

Genf (epd). Die Generalsynode der United Church of Christ in den USA hat zu einem Boykott von Unternehmen aufgerufen, die von der israelischen Besetzung palästinensischer Territorien profitieren. Investoren sollten ihr Kapital aus diesen Firmen zurückziehen. Das teilte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) am 2. Juli in Genf mit. Die Generalsynode der United Church of Christ habe die Beschlüsse mit großer Mehrheit auf ihrer Sitzung in Cleveland im Bundesstaat Ohio gefasst, teilte der ÖRK mit. Ferner habe sich die Synode gegen die jahrzehntelange Besetzung der Palästinensergebiete ausgesprochen. Die United Church of Christ ist eine der knapp 350 Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates. Sie gilt als liberal und hat in den USA rund eine Million Mitglieder. Mit ihrem Beschluss folge die United Church of Christ anderen Kirchen in den USA, die ebenfalls zu einem Boykott aufgerufen hätten, teilte der ÖRK mit. Auch hätten sich Gremien des Weltkirchenrates dafür starkgemacht, nicht bei Firmen zu kaufen, die in israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten produzieren. Der Ökumenische Rat der Kirchen, dessen Mitglieder mehr als 500 Millionen Gläubige repräsentieren, fordert seit langem ein Ende der israelischen Okkupation palästinensischer Gebiete. Kritiker halten dem Weltkirchenrat vor, in dem Nahost-Konflikt einseitig Partei für die Palästinenser zu ergreifen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28_2015 Seite _9

Immer mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Berlin (epd). Die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland nehmen weiter zu. Allein im ersten Halbjahr 2015 habe es rund 150 Straftaten gegen Asylunterkünfte gegeben, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes für 2014 am 30. Juni in Berlin. Im vergangenen Jahr zählten die Behörden insgesamt 170 Angriffe, 2013 noch 55. Der Verfassungsschutzbericht bestätigt damit einen Trend, der durch Brandanschläge im fränkischen Vorr, sachsen-anhaltischen Tröglitz und zuletzt in Meißen und Lübeck Schlagzeilen machte. In diesen Orten wurde in Gebäuden Feuer gelegt, bevor Flüchtlinge dort einziehen sollten. Weil sie noch nicht bewohnt waren, wurde dabei niemand verletzt. Angesichts der hohen Zahl von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten müsse man aber im Blick haben, dass die Gefahr für Sachbeschädigungen »weitergeht zu Körperverletzung oder noch schlimmeren Straftaten«, sagte der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen. Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten ist seinem Jahresbericht zufolge um rund 24 Prozent auf 990 gestiegen. Die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten erreichte mit 512 einen Höchststand seit Einführung der Zählweise im Jahr 2001. Das Personenpotenzial entwickelte sich den Angaben zufolge leicht rückläufig, von 21.700 im Jahr 2013 auf 21.000 im vergangenen Jahr. »Dennoch kein Grund zur Entwarnung«, betonte de Maizière. Die Bereitschaft zu Gewalt und Militanz in der Szene sei unverändert hoch. Jeder zweite Rechtsextremist werde als gewaltorientiert eingeschätzt. Mit Blick auf die Angriffe aus Asylunterkünften forderte de Maizière, »klare Kante« zu zeigen. »Rechtsextremistische Übergriffe sind geeignet, in den betroffenen Kommunen ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen«, sagte der Minister. Es dürfe kein stilles Einverständnis mit solchen Taten geben. »Jeder dieser Angriffe ist ein Angriff auf den Rechtsstaat, auf jeden Bürger dieses Landes«, sagte de Maizière. Man könne nicht leugnen, dass »eine gewisse Aggressivität« in den ostdeutschen Ländern höher sei als in westdeutschen, sagte de Maizière mit Blick auf Freital, wo seit rund einer Woche »Pegida«-Sympathisanten gegen eine Flüchtlingsunterkunft demonstrieren, und seinen Wahlkreis Meißen, wo am Wochenende eine bezugsfertige Asylunterkunft in Brand gesteckt wurde. Dennoch nahm er Meißen in Schutz: Es habe dort bislang keine Proteste, sondern eine große Aufnahmebereitschaft der Einwohner gegeben. Der Anschlag werfe ein falsches Licht auf die Stadt. Als weitere große Herausforderung nannte de Maizière den Islamismus. Laut Verfassungsschutzbericht ist die Zahl der Salafisten 2014 auf 7.000 gestiegen. Im Jahr zuvor ging der Verfassungsschutz von 5.500, 2012 von 4.500 Anhängern aus. Maaßen sprach von derzeit 7.500 Salafisten in der Bundesrepublik. Seinen Angaben zufolge hat der Verfassungsschutz diesen Arbeitsbereich erweitert, unter anderem ein eigenes Referat für die sogenannten Syrien-Rückkehrer gebildet. Im Bereich Linksextremismus lag die Zahl der Gewalttaten den Angaben zufolge bei 995 und ist damit gesunken (2013: 1.110). Das Personenpotenzial ging leicht um 500 auf 27.200 zurück.

Berlin Flüchtlingsfamilie angegriffen

Berlin (epd). In Berlin haben fünf Männer aus fremdenfeindlichen Motiven eine Flüchtlingsfamilie überfallen. Die Täter stürmten am 1. Juli im Stadtteil Weißensee aus einem Café auf die vierköpfige Familie zu, brüllten fremdenfeindliche Parolen und schlugen auf den 42-jährigen Vater und dessen 41-jährige Frau ein, wie die Polizei mitteilte. Auch die elfjährige Tochter bekam dabei einen Faustschlag ab. Bei dem Übergriff erlitten die beiden Erwachsenen Schürfwunden, das Mädchen eine Prellung, das zweite Kind blieb unverletzt.

Einer der Täter entriss dem Familienvater zudem einen Brustbeutel mit Bargeld, einem Handy und persönlichen Dokumenten. Der Polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Zwei der fünf Täter wurden bereits festgenommen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28_2015 Seite _15

»Zurück können wir nicht« Auch ein Jahr nach ihrer Flucht vor der IS-Terrormiliz sind viele Jesiden auf Nothilfe angewiesen



Jesidisches Kind in Sacho. epd-bild / Charlotte Morgenthal

Dohuk/Sacho (epd). Der Keller eines Rohbaus im nordirakischen Sacho: Hier haben Malas und ihre Familie ein Zuhause gefunden - ein provisorisches Zuhause, aber das einzige, das es für sie zurzeit gibt. Die 19-Jährige, die zur Religionsgemeinschaft der Jesiden gehört, floh vor knapp einem Jahr überstürzt durch das Sindschar-Gebirge vor den vorrückenden IS-Milizen: 18 Tage, kaum Wasser und Nahrung. »Wir haben überlebt«, sagt die junge Frau mit großen, dunklen und traurigen Augen. Rund 600 Jesiden leben seit einem Jahr auf der Baustelle. Wie die Mehrheit der insgesamt drei Millionen Binnenflüchtlinge im Irak wohnen sie außerhalb der überfüllten Camps: auf Baustellen, in Zelten, Garagen oder Mietwohnungen. Zehntausende flohen im vergangenen August in die kurdischen Autonomiegebiete und in die Türkei. Die brutale Gewalt der IS-Terrormiliz gegen die Jesiden im Nordirak löste weltweit Entsetzen aus. Das UN- Hochkommissariat für Menschenrechte wirft dem IS Völkermord an den Jesiden vor. Fast schüchtern zeigt Malas ihren Schlafplatz: Ein fensterloser Raum im hinteren Teil des Kellers, den sie sich mit sieben weiteren Menschen teilt: Draußen ist es über 40 Grad heiß. Im Keller ist es dunkel und stickig, kein Luftzug weht. »Im Winter war es zu kalt«, ergänzt Malas mit leiser Stimme. Dann sinken die Werte unter null Grad. Im Eingang, wo ein wenig Luft hereinkommt, hocken Mütter mit Babys auf dem Betonboden. Das Grundstück gehört einem kurdischen Politiker, der den Vertriebenen Unterschlupf gewährt. Unter den Bewohnern ist auch Khalaf, ein ehemaliger Soldat der irakischen Armee und so etwas wie der Anführer der Gruppe. Sie alle seien auf Hilfe angewiesen, denn Arbeit finden die wenigsten. »Gerne würde ich die Kinder zur Schule schicken«, sagt Khalaf und deutet auf die umstehenden Jugendlichen. Die Schule ist aber zu

weit weg, der Transport zu teuer. Lokale Hilfsorganisationen, teils unterstützt von Caritas International und Diakonie Katastrophenhilfe, versorgen die Vertriebenen außerhalb der Camps mit dem Nötigsten. Rund 160.000 Menschen erreichen sie mit den Initiativen vor Ort. Einmal im Monat werden Gutscheine verteilt. Damit können die Menschen Essen kaufen. Demnächst soll es auch Bargeld für Medikamente, Babynahrung oder Windeln geben. Im Winter bringen die Helfer Kerosin für Heizöfen. Besonders die autonome kurdische Region im Nordirak leidet unter der hohen Zahl der Flüchtlinge. Zu den rund fünf Millionen Einwohnern kamen eineinhalb Millionen Vertriebene und Flüchtlinge hinzu. Vielerorts habe sich die Bevölkerung binnen eines Jahres verdoppelt, sagt die Sprecherin der Diakonie Katastrophenhilfe, Anne Dreyer. »Das ist eine große Krise, und der Hilfsbedarf ist nicht gedeckt.« Spenden und Zuwendungen aus dem Ausland gingen zurück. Der Leiter des Caritas-Partners »Capni«, Erzdiakon Emanuel Youkhana, sagt, der Irak stehe vor dem größten Desaster seiner Geschichte: »Alle paar Jahre erscheint eine neue Welle von Terroristen mit unterschiedlichen Namen, und Menschen werden gezwungen zu fliehen. Diesmal ist es am schlimmsten.« Die Zahl der Flüchtlinge steige, ein Ende sei nicht in Sicht. Die Jesiden gehören zur Volksgruppe der Kurden. Sie sind keine Muslime, sondern bilden eine eigene Religionsgemeinschaft. Weltweit bekennen sich mindestens 800.000 Menschen zum jesidischen Glauben. Die Mehrheit von ihnen lebt traditionell im Nordirak. Dort befindet sich nördlich der Millionenstadt Mossul auch das religiöse Heiligtum der Jesiden, Lalisch. Malas sucht bisher erfolglos nach Arbeit. »Früher bin ich zur Schule gegangen«, sagt sie. Jetzt verbringt sie ihre Tage in dem Keller mit Waschen und Putzen. »Für mich gibt es hier keine Zukunft«, sagt sie. Immer wieder zieht die junge Frau sich die langen Ärmel über ihre Hände. Sie hat eine Hautkrankheit. Für Medizin fehlt ihrer Familie aber das Geld. Vater Said (45), der früher als Fahrer gearbeitet hat, hofft auf eine gesündere Umgebung für seine acht Kinder. »Zurück können wir nicht«, sagt er. Immer noch seien Kämpfer in der Stadt. Wie zum Beweis zückt er sein Handy. Es zeigt ein Bild seines verbrannten Autos. Eine ähnlich provisorische Siedlung gibt es in einem wohlhabenden Wohnviertel im 60 Kilometer entfernten Dohuk. Der Wind verbreitet den Geruch einer behelfsmäßig eingerichteten Toilette. Mehr als 200 Jesiden leben seit einem Jahr in einem dreigeschossigen Rohbau. Sie teilen sich vier Kochstellen, haben selten Elektrizität. Der Eigentümer hat gedroht, sie zum Ende des Monats rauszuschmeißen. »Es ist wie auf einen Exodus zu warten«, sagt der 41-jährige Jasim. Bisher hat eine Hilfsorganisation Wassertanks und Nahrungsmittel zu dem Haus gebracht. Auch diese Vertriebenen sind vor der Gewalt der Milizen in die autonome Region der Kurden geflohen. Unzählige Menschen seien dabei verdurstet, berichtet Jasim. Jetzt wisse er nicht mehr wohin. »Unsere Zukunft ist unvorhersehbar«, sagt der Vater von neun Kindern. Einige Kinder sitzen neben ihm auf der Betonkante am Hausrand und hören aufmerksam zu. Ihre Gesichter sind erwachsen und ernst. Am liebsten würden sie ganz weit weg gehen, sagt Jasim, während er seiner kleinen Tochter über das Haar streicht. »Wir wissen nicht, was wir mit unseren Kindern in diesem heißen Sommer machen sollen.« Und dann folgt ein fast unerträglicher Satz: »Ich wünschte, sie hätten uns mit einer Atombombe ausgelöscht. Das wäre gnädiger gewesen.« *Von Charlotte Morgenthal (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 28_2015 Seite _20f

Unicef: Jedes zehnte Kind wächst im Krieg auf

Berlin/Köln (epd). Rund 230 Millionen Mädchen und Jungen wachsen weltweit in Kriegs- und Krisenregionen auf. Dies geht aus dem am 30. Juni in Berlin vorgestellten Bericht

»Kinder zwischen den Fronten« des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (Unicef) hervor. Jedes zehnte Kind auf der Welt lebt demnach in einem Land oder einer Region, die von bewaffneten Konflikten geprägt ist. »Kinder sind unser höchstes Gut und sie sind in unserer Welt in größter Not und Gefahr«, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) bei der Vorstellung des Berichts. Mehr als sechs Millionen Kinder unter fünf Jahren stürben jedes Jahr an Hunger und größtenteils vermeidbaren Krankheiten. Der Programmdirektor von Unicef in New York, Ted Chaiban, geht davon aus, dass die schlechte Lage in den Krisen- und Kriegsgebieten für die Kinder anhalten oder sich sogar verschlechtern wird. »Wir erleben weltweit eine der schlimmsten Phasen von Konflikten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges«, sagte Chaiban. Man müsse langfristige Perspektiven für die Kinder schaffen. Laut Unicef ist die Not in Syrien, im Irak, im Südsudan, im Jemen oder in der Zentralafrikanischen Republik besonders groß. Allein in diesen fünf Staaten seien rund 21 Millionen Kinder von Krieg und Gewalt betroffen. Das Ausmaß der Gewalt gegen Zivilisten sei besonders dramatisch, da Terrorgruppen wie der »Islamische Staat« (IS) oder auch Boko Haram in Nigeria bewusst die Prinzipien des humanitären Völkerrechts missachteten. Mädchen und Jungen würden oftmals direkt zur Zielscheibe von Gewalt. Dazu gehörten auch gezielte Entführungen oder die sexuelle Versklavung von Kindern und Jugendlichen. In zahlreichen Konflikten unter anderem in Nigeria würden Kinder als Selbstmordattentäter missbraucht. Das Entwicklungsministerium hat 2014 Unicef mit rund 150 Millionen Euro bei Projekten in Kriegs- und Krisengebieten unterstützt. Minister Müller zufolge soll die finanzielle Hilfe in diesem Jahr aufgestockt werden. Den genauen Betrag wollte er nicht nennen. Dies hänge von den abschließenden Haushaltsberatungen ab. Unicef zufolge brauchen weltweit über 62 Millionen Kinder in Krisengebieten dringend Nahrung, sauberes Wasser und medizinische Hilfe aber auch Schutz vor Ausbeutung und Gewalt. Dazu werden rund 2,7 Milliarden Euro benötigt. Der Vorsitzende von Unicef Deutschland, Jürgen Heraeus, mahnte an, dass es offenbar einfacher sei für Naturkatastrophen Spenden zu bekommen, als für Kinder in Kriegsgebieten. »Wenn es uns nicht gelingt, dieser Generation Bildung und Hoffnung auf eine Zukunft zu geben, dann werden sie abdriften«, sagte Heraeus. Dass der IS Kinder und Jugendliche erfolgreich rekrutiere sei nur ein Beispiel hierfür.